

## Kommunale Infrastruktur und Betriebskosten im Schatten des Stadtumbaus

- Fachtagung am 09.12.2002 in Halle (Saale) -

Die Mieter- und Einwohnerzahlen gehen in vielen ostdeutschen Städten Jahr für Jahr zurück. Die Städte schrumpfen, nicht aber die Kosten für die infrastrukturelle Versorgung der Bürger. Das kommt auch in Form höherer Betriebskosten für die Mieter zum Ausdruck. Das isw Halle-Leipzig griff diesen Spannungsbogen in der 6. Fachkonferenz "WOHNENPlus", die in Halle stattfand, auf und verknüpfte ihn mit Fragen des Stadtumbaus. Wie Dr. Michael Schädlich, Geschäftsführender Vorstand des isw, mitteilte, wurden im Rahmen der Fachkonferenz auch erste Ergebnisse des Programms "Innovative Maßnahmen des EFRE 2000 bis 2006" präsentiert. Die Veranstaltung ist in diesem Kontext zugleich durch das Land

Veranstaltung deutlich herausgestellt wurde, stehen die Kommunen, die Wohnungs- und Versorgungswirtschaft in Ostdeutschland angesichts der notwendigen Anpassungsprozesse vor einer gemeinsamen Herausforderung, die es gilt, im Zuge des Stadtumbaus erfolgreich zu meistern. Die Wohnungswirtschaft kann bspw. bei den Betriebskosten ansetzen. Hier sollten vorhandene Kostensenkungspotenziale konsequent zum Vorteil der Mieter ausgenutzt werden. Hinweise, wo der Hebel am besten angesetzt werden müsste, kann ein überregionaler und unternehmensübergreifender Vergleich mit den Kostenstrukturen in anderen Wohnungsunternehmen erbringen. Die Kommunen dagegen müssen gemeinsam mit

ihren Versorgungsunternehmen stringente Konzepte zur mittel- bis langfristigen Anpassung der Infrastrukturkapazitäten erstellen, sollen die Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb der Anlagen für die technische Infrastruktur nicht die Wirtschaftlichkeit der Stadt bedrohen. Auch das weit gefächerte Angebot an Schulen, Sport- und Kulturinstitutionen verursacht

angesichts der Einwohner- und Besucherrückgänge sowie veränderter Bedarfsstrukturen vielfach immer höhere Aufwendungen je Einwohner. Vermeidet man die erforderlichen Kapazitätsanpassungsmaßnahmen, geht die derzeitige Vielfalt zunehmend zu Lasten der Qualität, verliert die soziale Infrastruktur an Standortbindungskraft für die Einwohner und die Wirtschaft. So fasste die Moderatorin Anita Steinhart (isw) den Tenor eines speziellen Workshops zur Frage des Rückbaus sozialer Infrastruktur zusammen. Dass dies nicht nur für große Städte wie Halle gilt, zeigten die Beiträge von Verwaltungsvertretern aus Zeit und der Lutherstadt Wittenberg.

*Fortsetzung auf Seite 3*



Fachkonferenz WOHNENPlus am 09.12.2002 in Halle (Saale)

Sachsen-Anhalt und die Europäische Union gefördert worden. Die Konferenz selbst fand ein breites Interesse bei rund 100 Vertretern aus Kommunen, Wohnungswirtschaft, Versorgungsunternehmen und Wissenschaft. Die hohe Bedeutung des gewählten Themas unterstrich in seinem Grußwort zu der Fachkonferenz auch Eberhard Doege als Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt der Stadt Halle. Doege hob vor allem die drohende Gebührenentwicklung im Abfall- und Abwasserbereich hervor. Der Verbandsdirektor der Wohnungswirtschaft des Landes, Jost Riecke, betonte im Rahmen seiner anschließenden Ansprache, dass derartige Kostensteigerungen Vermieter und Mieter in gleicher Weise belasten. Wie im Rahmen der

### EDITORIAL

#### Stadtumbau

#### Ein Muss trotz oder wegen der (öffentlichen) Finanznot?

Weniger Geld bei Bund, Land und Kommunen - gleichzeitig wachsenden Auf- und Ausgaben - so die Schreckensmeldungen der letzten Monate. Einsparungs- und Kürzungszwänge erscheinen angesichts der jüngsten Steuerschätzungen und der anhaltenden wirtschaftlichen Problemlagen plausibel, können und dürfen aber nicht ohne Schwerpunktsetzungen erfolgen, will man die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und insbesondere seiner Kommunen nicht aufs Spiel setzen.

Wie sieht es vor diesem Hintergrund mit dem Stadtumbau aus? Sollte die öffentliche Hand es nicht besser unterlassen einen Schwerpunkt beim Wohnungsrückbau zu setzen, mögen Skeptiker fragen.

Einer solchen Auffassung ist entschieden entgegen zu treten. Denn schon die Frage verkennt das eigentliche Wesen des Stadtumbaus, der weitaus mehr umfasst als die Bereinigung des Wohnungsmarktes. Stadtumbau enthält vielmehr die Gesamtheit der Kapazitätsanpassungsmaßnahmen, die zur Wahrung der Wirtschaftlichkeit vor allem der ostdeutschen Kommunen angesichts der demographisch und wirtschaftlich bedingten Bevölkerungsabnahme notwendig sind. Die adäquate Versorgung weit überdimensionierter, lückenhaft bewohnter Stadtquartiere mit technischer und sozialer Infrastruktur öffnet die Kostenschiere für die öffentliche Hand und die Bürger immer weiter. Absehbare Begleiterscheinungen wie z.B. steigende Gebühren für stadttechnische Infrastruktur, eine Verschlechterung der Ausstattungsstandards im Verkehrs-, Bildungs- und Kultursektor und die eventuell zusätzlich notwendigen Anhebungen der Gewerbesteuerhebesätze wirken sich ungünstig auf Standortattraktivität aus und bringen die betroffenen Städte in einen Teufelskreislauf. Das heißt, die Investition in den Stadtumbau ist nicht nur trotz sondern gleichzeitig auch wegen der Finanznot der öffentlichen Hand unbedingt notwendig, um einem weiteren Kostenanstieg bei gleichzeitig stagnierenden bis schrumpfenden Einnahmen vorzubeugen. Auch Wohnungseigentümer aller Couleur, Kommunale Versorgungsunternehmen, private Wirtschaft und Finanzinstitutionen sind trotz knapper Mittel im eigenen Interesse gefordert, für eine nachhaltig positive Kommunalentwicklung in den Stadtumbauprozess zu investieren.

*Dr. Michael Schädlich,  
isw*

### INHALT

Karsten Golnik Netzwerk „Infrastruktureller Stadtumbau“ .....	2	Dr. Matthias Krause, Dr. Lutz Gaudig Infrastrukturückbau in der Praxis .....	3
vhw-Arbeitskreis „Stadtumbau Ost/West“ .....	2	Minister Draeche diskutiert mit Lenkungsgruppe ....	4
Sondersitzung mit Landtagsabgeordneten.....	2	Wohnungswirtschaftliche Gespräche.....	4
Dirk Scherlis Quartierskonzept durch „Poolbildung“.....	3	Kurzmeldungen aus der Netzwerkarbeit .....	4

## Netzwerk „Infrastruktureller Stadtumbau“ Erste Ergebnisse einer Klausurtagung von Stadt- und Fachplanung

Am 23.11.2002 fand unter Leitung von Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler eine Beratung mit Führungskräften aus unterschiedlichen Fachbereichen der Stadtverwaltung zum Thema „Stadtumbau und soziale Infrastruktur“ statt. Mit der an diesem Tag beschlossenen Gründung des neuen Netzwerkes „Infrastruktureller Stadtumbau“ wird ein ganzheitlicher Planungsansatz für die künftige Stadt- und Fachplanung der Stadt Halle (Saale) verfolgt. Unter Federführung des Fachbereiches Stadtentwicklung und -planung werden zunächst alle verwaltungsinternen Fachplanungen zu einer integrierten raumbezogenen

Planung zusammengefasst. Durch den raumbezogenen Planungsansatz wird bisherigen Ressortegoismen entgegengewirkt. Synergieeffekte werden in den Bereichen Kultur, Schule, Sport und Soziales erwartet. Damit trägt eine effektive Stadtplanung auch zur Konsolidierung des städtischen Haushaltes bis 2007 bei. Einrichtungen der Daseinsvorsorge wie Kindertagesstätten, Schulen und altersgerechte Einrichtungen sollen im Rahmen der infrastrukturellen Planung vernetzt und dem tatsächlichen Bedarf angepasst werden. Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler erklärte dazu: „Dieser Prozess muss in den

nächsten Jahren dazu führen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Stadt ganz stark identifizieren, dass sie gern hier leben und dass sie sich bewusst sind, dass Halle trotz des notwendigen Umbaus eine Stadt ist und bleibt, die auch in Zukunft über eine reiche Infrastruktur verfügen wird“. In einem zweiten Schritt werden kurzfristig auch die Ver- und Entsorgungsunternehmen in das Netzwerk einbezogen.

Karsten Gohnik  
Ressortleiter Stadtentwicklung  
Stadt Halle (Saale)

## vhw-Arbeitskreis „Stadtumbau Ost/West“ gebildet - im April vor Ort in Halle -

Der vor wenigen Monaten gebildete Arbeitskreis „Stadtumbau Ost/West“ des Volkheimstättenwerkes e.V. Berlin wird sich am 03. April diesen Jahres zu einer Sitzung in Halle zusammenfinden. Die 18 Mitglieder des bundesweit besetzten Arbeitskreises von Expertinnen und Experten aus Wohnungswirtschaft, Verwaltung, Wissenschaft und Verbänden werden in der Saalestadt eine Diskussion zum Thema „Wie wollen und wie können die Menschen in Zukunft in den Städten wohnen“ führen. „Stadtumbau wird dabei als ein Prozess verstanden, der unter Aufwertungsgesichtspunkten zukunftsgerechte Wohnqualitäten in den Städten schafft, die für

die Nachfrager- und die Anbieterseite wünschenswert und finanzierbar sind und zugleich wirtschaftlich tragfähige Stadtstrukturen ermöglichen“, so Arbeitskreismitglied Dr. Elisabeth Merk, Fachbereichsleiterin für Stadtentwicklung und -planung, Stadt Halle (Saale).

Um einen praktischen Bezug zu der Situation in einem Stadtumbauschwerpunkt wie Halle herzustellen, wird geplant, das Thema unter Hinzuziehung lokaler und regionaler Fachleute zur Diskussion zu stellen und einige einschlägige Projekte vor Ort zu besichtigen.

Der Arbeitskreis unter Vorsitz von Prof. Schmidt-Eichstaedt, TU Berlin, wird des Weiteren

in den Städten Luckenwalde (2.4.) und Görlitz (4.4) tagen und plant für Mai/Juni 2003 Visiten in drei westdeutschen Städten (Duisburg, Herten, Völklingen).

In jedem Ort werden andere ausgewählte, inhaltliche Schwerpunktaspekte des Stadtumbaus im Mittelpunkt stehen, so z.B. die Altbauhistorie in Görlitz und Fragen der Partizipation/Kooperation in Luckenwalde. Aus Sachsen-Anhalt sind neben Frau Dr. Merk, Fritz-Peter Schade, GF der WIGEW mbH, Wittenberg und Anita Steinhart, isw Halle-Leipzig e.V., vertreten.

isw

## Sondersitzung des Netzwerkes „Stadtumbau in Halle“ mit Landtagsabgeordneten

Trotz eisiger Witterungsverhältnisse draußen, herrschte durchaus keine frostige Stimmung bei der Sondersitzung des Netzwerkes „Stadtumbau in Halle“, zu der die Landtagsabgeordneten aus Halle und die wohnungspolitischen Sprechern der Landtagsfraktionen nun schon fast turnusmäßig im Dezember jeden Jahres, so auch 2002, eingeladen wurden. Über die erzielten Fortschritte und Perspektiven des Stadtumbaus in Halle unterrichteten Oberbürgermeisterin Frau Häußler (Bildmitte), sowie zwei Sprecher der Wohnungswirtschaftlichen Plattform, Udo Mittinger, Geschäftsführer der GWG Halle-Neustadt GmbH, und Reiner Bretschneider, Vorstand



Sondersitzung des Netzwerkes „Stadtumbau in Halle (Saale)“ mit Landtagsabgeordneten (Teilnehmer von links nach rechts: Mittinger - GWG mbH, Bretschneider - BWG Halle-Merseburg e.G., Häußler - Oberbürgermeisterin Halle (Saale), Dr. Schädlich - isw)

der BWG Halle Merseburg e.G. (links im Bild), und Dr. Lutz Gaudig, HWA GmbH Halle, als Vertreter der Versorgungsunternehmen in sachkundiger Form.

Die interessierten Fragen und die konstruktive Diskussion mit den Gästen aus dem Landtag zeigten, dass Veranstaltungen dieser Art für die praktische politische Arbeit Impulse setzen können, um den notwendigen Stadtumbau in Stadt und Land in gemeinsamer Kraftanstrengung voranzutreiben.

isw

## Quartierskonzept durch "Poolbildung" im V. WK Silberhöhe

Im Netzwerkbrief Nr. 9 vom 09. 04. 2002 hatten wir schon einmal über die geplante Vorgehensweise der im V. WK ansässigen Eigentümer berichtet.

Seitdem hat sich viel getan und wie der eine oder andere vielleicht schon der Presse entnehmen konnte, wurde der durch die Stadt Halle und die vertretenen Genossenschaften Freiheit, Frohe Zukunft, Leuna, BWG Halle-Merseburg, Eisenbahn sowie der Halleschen Wohnungsgesellschaft ausgelobte Realisierungswettbewerb abgeschlossen.

Unter 180 Bewerbungen wurden 25 Teilnehmer ausgelost, von denen 24 Büros ihre Beiträge pünktlich eingereicht hatten.

Alle Arbeiten wurden im Vorfeld durch die Landesentwicklungsgesellschaft SALEG geprüft und bewertet.

Das am 28. 11. 02 tagende Preisgericht unter Vorsitz Prof. Niebergalls aus Halle erkannte einstimmig den 1. Preis dem Dessauer Architekturbüro Kister/Scheithauer/Gross sowie dem Landschaftsarchitekturbüro Club L 94 zu. Ausschlaggebend hierfür war, dass wie in

der Aufgabenstellung durch die Auslober gefordert, die Arbeit einen strukturell wie wirtschaftlich angemessenen Vorschlag zu einer Aufwertung der verbleibenden Substanz

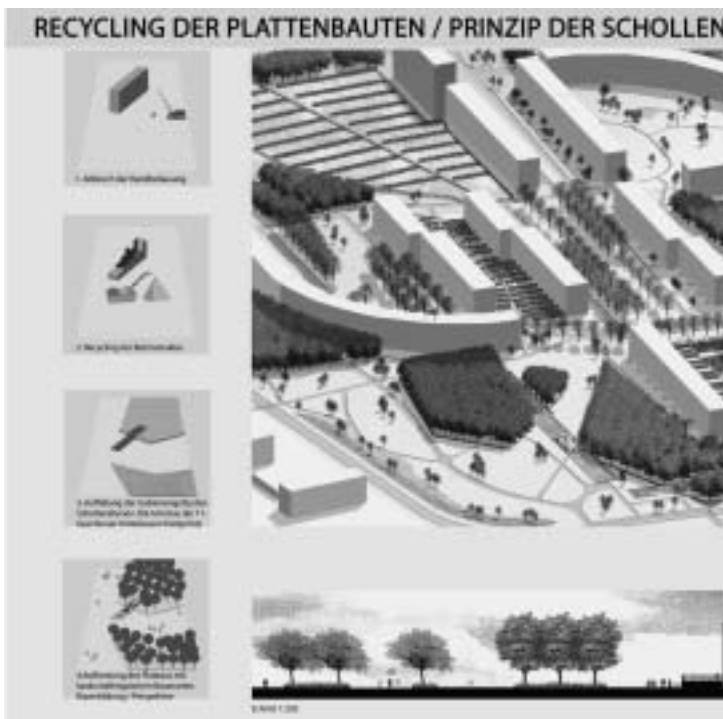
darstellt, die vom Umfang her dem Ort angemessen ist.

Keine kostentreibenden Umbauten und Neugealtungen, sondern auch weiterhin klare Gebäudestrukturen und eine lockere innere Gestaltung des Wohnumfeldes mit Mietergärten, freier Wiese, Parken und Gemeinschaftsplätzen, tragen zukünftig zu einer individuellen Identität dieses Gebietes bei.

Auf Basis dieses Konzeptes werden die Kosten zur Modernisierung der verbleibenden Substanz ermittelt und einer Wirtschaftlichkeitsberechnung unterzogen. Von den heute noch vorhandenen 2.242 WE werden demnach nur noch ca. 830 WE mit unterschiedlichen Größen verbleiben.

Im nächsten Schritt werden alle Beteiligten beraten, wie eine zeitnahe Realisierung der Ergebnisse im Kontext des geplanten Stadtumbaus erfolgen kann.

*Dirk Scherlies  
Technischer Leiter  
HWG mbH*



Siegermodell zum Wettbewerb

## Infrastrukturrückbau in der Praxis

Der Stadtumbau geht voran. Zumindest auf dem Papier. Denn inzwischen liegen sowohl der EVH GmbH als auch der HWA GmbH Abrissersuchen für mehrere Gebäude vor.

Die bislang abgerissenen Gebäude konnten - bis auf eine Ausnahme - ohne Komplikationen von

*Fortsetzung von Seite 1*

Auch außerhalb Sachsen-Anhalts gibt es ähnliche Probleme, wie der eingeladene Erfurter Amtsleiter für Stadtentwicklung, Ulrich Reichardt, zu berichten wusste. Dr. Michael Schädlich betonte in seinem Schlusswort nochmals den engen Zusammenhang zwischen den Themen des Stadtumbaus und den Fragen der Wirtschaftlichkeit unserer Städte. Um die Städte im Interesse aller langfristig zu Wohnorten mit Zukunft umzugestalten, seien gemeinsame Kraftanstrengungen insbesondere von Kommunen, Wohnungs- und Versorgungswirtschaft notwendig. Dies sollte idealtypischer Weise landesseitig durch die Schaffung von Anreizstrukturen zum Aufbau wirtschaftlich tragfähiger Infrastruktur flankiert werden.

*isw*

den Strom- und Wärmenetzen getrennt werden. Die Ausnahme jedoch verdeutlicht eins der Probleme, die auf die Versorger zukommen: Eine hinter dem abgerissenen Gebäude liegende Turnhalle musste weiter versorgt werden. Also galt es, Niederspannungskabel neu zu verlegen und einen neuen Anschluss zu schaffen.

Als Ausnahme von der Regel ist das durchaus möglich. Generell jedoch ist das nicht machbar, wenn Leitungen vor allem für Fernwärme in den Kollektoren in den Häusern verlaufen und sehr aufwändig neu in die Erde gebracht werden müssten. Die Lösung liegt auf der Hand: Entweder werden nur an Leitungsenden liegende Gebäude abgerissen oder ganze Quartiere. Darüber ist im Einzelfall zu reden, denn was für Fernwärme und Strom günstig ist, muss für Wasser- und Abwasserleitungen beispielsweise nicht das Beste sein. Die HWA will mittelfristig die in I-Gängen innerhalb von Hauskellern verlegten Trinkwasserleitungen erdverlegt erneuern. Dieses Programm wird, beginnend mit dem laufenden Jahr, schrittweise umgesetzt, wobei neben den Aspekten des Stadtumbaus die Versorgungsstabilität eine wesentliche Rolle spielt.

Sollte jedoch punktuell abgerissen werden,

sehen sich EVH und HWA gezwungen, in bestimmten Fällen die zusätzlichen Aufwendungen den Verursachern in Rechnung zu stellen. Denn es ist aus heutiger Sicht nicht zu erwarten, dass in solchen Fällen auch für Ver- und Entsorger Fördermittel in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen werden. Übrigens sind die Kosten für eventuelle Umverlegungen von Leitungen nur ein Teil der Aufwendungen für EVH und HWA. Eine stark reduzierte Anzahl von Gebäuden verlangt beispielsweise für das Fernwärmenetz eine völlige Neukonzipierung, damit Wärmeverluste minimiert und eine kostengünstige Versorgung aufrecht erhalten werden können. Aufgaben, denen sich die EVH ebenfalls stellen muss und die beträchtlichen Aufwand verursachen. Im Trinkwassernetz sowie in der Schmutzwasserkanalisation sind seitens der HWA erhöhte Aufwendungen für Spülungen erforderlich, um Qualitätseinbußen bzw. verstärkte Ablagerungen zu vermeiden.

*Dr. Matthias Krause  
Technischer Geschäftsführer EVH GmbH  
Dr. Lutz Gaudig  
Geschäftsführer der HWA GmbH*



## Minister Daehre diskutiert mit Lenkungsgruppe „Stadtumbau in Halle“

Anlässlich des letzten Halle-Besuches von Landesbau- und Verkehrsminister Karl-Heinz Daehre berief Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler eine Sondersitzung der Lenkungsgruppe „Stadtumbau in Halle“ ein. In dem Gremium, das unter Vorsitz der Oberbürgermeisterin wichtige Steuerungsfunktionen in Fragen des Stadtumbaus in der Saalestadt wahrnimmt, sind neben der Verwaltungsspitze auch Vertreter der ortsansässigen Wohnungs- und Versorgungsunternehmen Mitglied. Der Minister betonte im Rahmen des internen Arbeitsgesprächs mit den Lenkungsgruppenvertretern den hohen Stellenwert, der dem Stadtumbau Ost in den nächsten Jahren von politischer Seite zugemessen werden muss. Dr. Daehre ist sich hier einig mit den Bauministern der anderen neuen Länder. Deshalb will man auch über den Wohnungs- und Städtebau

hinaus gemeinsame Positionen gegenüber dem Bund einbringen, so z. B. wenn es um die Forderung des Altenschuldenerlasses auf alle Abrisswohnungen und dauerhaft leerstehenden Wohnungen geht. Da es sich beim Stadtumbau letztendlich um ein infrastrukturelles Thema erster Priorität handelt, soll auch für dessen Integration in den Solidarpakt II geworben werden. Wichtig ist es nach den Worten von Minister Daehre, den Stadtumbau in das breite Licht der öffentlichen (politischen) Diskussion zu rücken. Denn die Zuständigkeit für dieses umfassende Thema dürfe nicht an den Ressortgrenzen der Bauministerien enden, wenn man langfristig die notwendigen Erfolge erzielen wolle.

isw

## Mitteldeutsche Wohnungswirtschaftliche Gespräche zu Wohnzukünften

Am 04. November 2002 veranstaltete das Netzwerk „Stadtumbau in Halle“ wie immer in Kooperation mit dem isw Halle-Leipzig e. V. zum siebenten Mal die „Mitteldeutschen Wohnungswirtschaftlichen Gespräche“.

Ausgehend von der Leitfrage „Wohnen in Zukunft – Zukunft des Wohnens in der Stadt“ stellte Prof. Reiner Schmid, Hochschule Anhalt, einige zentrale Ansatzpunkte der IBA „Stadtumbau“ vor und diskutierte mit dem interessierten



Prof. Reiner Schmidt, Hochschule Anhalt, Dessau

Publikum aus der Praxis über die Möglichkeiten, im Rahmen der IBA umsetzungsfähige Pilotprojekte zu entwickeln. In Ergänzung zu diesen eher städtebaulich/wohnungswirtschaftlichen Betrachtungen, referierte Hans-Dieter Tirschler, Geschäftsführer des Technologie- und

Gründerzentrums Mansfelder Land, über innovative ingenieurwissenschaftliche Ansätze zur Gestaltung des Hauses/der Wohnung der Zukunft. Das Spektrum reichte hier von Sicherheitsleistungen über neue Formen von Warenver- und -entsorgungsströmen im Haushalt bis hin zur Schaffung von Wohlfühlklimata und den Bereichen Hygiene und Gesundheit. Wie der spannende Vortrag verdeutlichte, befassen sich die Ingenieurwissenschaften zumindest in Ansätzen bereits sehr rege mit den Fragen der Veränderung der Lebensstile und des demographischen Wandels zum Vorteil der Wohnungsmieter und -eigentümer.



Hans-Dieter Tirschler, Geschäftsführer TGZ Mansfelder Land, Eisleben

isw

## Kurzmeldungen aus der Netzwerkarbeit

Mit der Benennung von „Stadtumbau-Botschaftern“ fand die **PR-Kampagne zum Stadtumbau** in Halle am 11. November 2003 eine weitere Fortsetzung.

Dabei erklärten sich prominente Persönlichkeiten aus den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Sport und Wissenschaft aus Halle zum Engagement für den Stadtumbau in ihren jeweils eigenen Bereichen bereit.

Im Rahmen eines ersten Treffens des isw e. V. mit Vertretern der Bauwirtschaft wurden am 12. Dezember 2002 Ansatzpunkte und Möglichkeiten zur **privatwirtschaftlichen Forcierung des Stadtumbauprozesses** beraten. Im Rahmen eines Folgetreffens im Februar 2003 soll unter Hinzuziehung eines städtischen und eines wohnungswirtschaftlichen Vertreters ohne Zeitverzug über konkrete Pilotprojekte beraten werden.

### Termine/Veranstaltungshinweise

#### 1. Quartal 2003:

24. 02. 2003

Redaktionsbeirat zur PR-Kampagne zum Stadtumbau

07. 03. 2003

Lenkungsgruppe Stadtumbau

17. 03. 2003

Sonderausgabe Netzwerkbrief

18. 03. 2003

GdW-Leerstandskongress in Halle (Saale)

20. 03. 2003

Redaktionsbeirat zur PR-Kampagne zum Stadtumbau

03. 04. 2003

vhw-Arbeitskreis-Treffen in Halle (Saale)

14. 04. 2003

Netzwerk „Stadtumbau“

(Informationen, soweit nicht anders angegeben, über Frau Steinhart, isw Halle-Leipzig e.V., Tel. 03 45/52 13 60)

## IMPRESSUM

### Herausgeber und Redaktion:

Netzwerk Stadtumbau in Halle (Saale)  
und Institut für Strukturpolitik  
und Wirtschaftsförderung  
Halle-Leipzig e.V. (isw)  
Heinrich-Heine-Straße 10  
06114 Halle (Saale)  
Tel.: 0345 - 52 13 60  
Fax: 0345 - 517 07 08  
E-mail:  
[nw-stadtumbau-halle@isw-ev.de](mailto:nw-stadtumbau-halle@isw-ev.de)

### Fotos:

Seite 1: isw e.V.  
Seite 2: isw e.V.  
Seite 3: HWG mbH  
Seite 4: isw e.V.